

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kämpf, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Litke

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn in der 45. Woche vom 8. November bis 8. November 25 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 7 Milliarden M., Einzelnummer 7 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Koppreisezeit: 100 M., die 80 mm breite Reklameweite 400 M., für auswärtige Anzeigen 120 u. 500 M. Schließelzahl: 100 Millionen. Anzeigenanzahl Stellen- und Mietpreise 40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 10 M.

Nr. 259

Dresden, Dienstag den 6. November 1923

34. Jahrg.

## Die Zerkleinerung der Rumpf-Regierung

Wer vom Ausland her einen Blick in den deutschen Wirtschaftszustand werfen möchte, der muß die Vorgänge innerhalb der schwarzgoldenen Grenzgebiete erörtern: wie ein unerbittlicher Strudel voller Widersprüche. In Berlin werden Profiteure geplündert, und aus allen Teilen des Reiches kommen Gerüchte von gestürzten Treibern rechtsradikaler Geheimorganisationen — die Reichswehr aber ist in Sachsen konzentriert, um eine „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, die so lange nicht gestört war, als die Reichswehr dort weilt, wo sie hingehört. Rängs des Rheines bemühen sich die Sonderbündler, deutsche Teile vom Mutterlande loszureißen — und an einem republikanischen Einzelstaate läßt die Reichsregierung eine Reichsregulatur aus, die den rheinischen Französischen das Material liefert, das sie noch brauchen. An der bayerisch-thüringischen Grenze bereitet die bayerische Reaktion den Vormarsch gegen Berlin vor — Herr Geßler aber lehnte dieser Tage das Angebot der Gewerkschaften, 50 000 republikanische Gewerkschafter für die Reichswehr zur Verfügung zu stellen, ab. Die faktischen Verbände stehen unter dem Kommando des berühmten Kapitän Ehrhardt — in Sachsen aber wird der Major der Landespolizei Dr. Schilling abgesetzt, weil er ein zu entschlossener Republikaner ist. Man behauptet nun aber nicht, daß die Reichsregierung nichts gegen die Bedrohung der Verfassung tut! Sie tut allerdings: sie erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk, dessen Ton in durchaus umgekehrtem Verhältnis zu ihrem bisherigen Tun steht.

Wer kann nach den Erkenntnissen der letzten Zeit noch ernst bleiben, wenn Stresemann in diesem Aufruf mit seinen Machtmitteln rufft, wer denkt nicht sofort an Ahrh, an den Meinerer Vossow und die von der bayerischen Regierung in Pflicht genommenen Reichswehrteile, wenn er in diesem Aufruf rief, die Reichswehr werde getreu ihrem Eide ihre Pflicht tun! So jagt Herr Geßler vor mehreren Wochen schon einmal. Die bürgerlichen Mitglieder der damaligen Regierung lehnten es jedoch ab, die republikanische Truppe der Reichswehr im Kampf gegen Bayern auf die entscheidende Probe zu stellen.

Herr Stresemann droht in dem Aufruf mit der außenpolitischen Situation und weist ganz richtig auf die Abreitung hin, die die Entente gegen eine Reichsregierung bekunden würde. Der Reichskanzler wehrt sich damit gegen den Ansturm der Rechtsradikalen, die Herrn Stresemann ebenso wie den Reichspräsidenten Ehrhart absetzen und eine Rechtsdiktatur errichten möchten. Wichtig ist, daß Frankreich es überhaupt ablehnen würde, mit einem Kabinett Selbstherrlich in irgendwelchen Gedankenanstrengungen zu treten — es sei denn, Herr Poincaré erhofft sich von einem solchen Kabinett die völlige Zerstückelung Deutschlands. Aber wo ein Herz oder Haffersch Wien machen würde, die Faust gegen Frankreich zu ballen, würden die Befehle des Herrn Poincaré so eindeutig und klar lauten, wie es Herr Geßler vor einigen Wochen einmal von seinen Befehlen an die Reichswehr verbrach, wenn die Verfassung bedroht sein sollte. Sicher ist auch, daß die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts Stresemann durch ihr reaktionäres Gebaren eine der letzten Möglichkeiten zerlegen haben, so etwas wie eine für England und Amerika vertrauenswürdigere Regierung darzustellen. Trotz allem glaubt der Reichskanzler, mit seinem Rumpfkabinett weiter existieren zu können. Sollte jedoch der Reichstag zusammentritt, wird es sich zeigen, daß er keine Mehrheit hat, denn wir nehmen als selbstverständlich an, daß die Sozialdemokratie Herrn Stresemann im Reichstag ihre Mißtrauen unabweisbar bezeugen wird. Dann mögen die bürgerlichen Parteien zusehen, wie sie das Chaos meistern, das sie durch ihre jahrelange Buntlei herausgeholt haben.

Vor allem sollten sich die bürgerlichen Parteien nicht einbilden, daß sie auf die Dauer mit einem Minderheitskabinett oder mit Appellen an das deutsche Volk regieren können. Wenn das Volk von Regierungsausrufen laut werden könnte, so würden gegenwärtig in Berlin und andern Städten des Reiches keine Läden geplündert. Die Verzweiflungsausbrüche der Bevölkerung sind eine Folge des vollständigen Verlangens der bürgerlichen Parteien auf allen Gebieten, auf denen wirtschaftliche und soziale Reformen notwendig gewesen wären. Es scheint noch den Erfahrungen der letzten Zeit, daß Deutschland durch eine Periode solcher Erschütterungen hindurch muß, um zu der Erkenntnis zu gelangen, daß mit kapitalistischen Methoden nicht weiterzukommen ist.

Die Sozialdemokratie hat diese Situation nicht gewollt, aber sie muß nach ihren Erfahrungen im Kabinett Stresemann rund heraus bekennen, daß durch ihre Beteiligung an Koalitionsregierungen wie den bisherigen das Chaos nicht mehr zu bannen ist. Dem Schicksal der bürgerlichen Parteien muß die Sozialdemokratie nunmehr ein entgegengekommen: den Willen der hungernden Massen, stärkste Opposition im Parlament und Ausnutzung aller ihrer Machtmittel außerhalb des Parlamentes. Wir hoffen, daß aus den Todsch-

wie sie sich nach allen Koalitionsversuchen der Sozialdemokratie ergeben haben, unsere Partei die nötigen Konzeptionen zieht. Die große Koalition war ein Spießsäbelstück, wie es die organisierte Arbeiterschaft nicht wieder ertragen will und nicht wieder ertragen kann!

## Aufruf der Reichsregierung

An das deutsche Volk!

In schwerster Lage drohen dem Reich innere Erschütterungen. Gewisse, wenn auch nicht zahlenmäßig partei Kreise versuchen, gestützt auf die Rolle unfreies Volk, einen ungeschicklichen Druck auf die Staatsgewalt auszuüben und vielleicht sogar die Brandfackel eines Kampfes gegen Deutschland zu den deutschen Hand zu werfen. Die Reichsregierung ist entschlossen, solchen Bestrebungen mit äußerster Energie und mit ganzer Kraft entgegenzutreten und wird alle hierzu notwendigen Maßnahmen ergreifen! Wenn wir über die Zeit des Ueberganges zu einer neuen weitestgehenden Währung, wenn wir über die Zeit schwerster Arbeits- und Erwerbslosigkeit, schwieriger Wirtschaftsverhältnisse und unerhörten außenpolitischen Drucks hinwegkommen wollen, dann ist Voraussetzung dafür die Erhaltung der Reichseinheit und der Ordnung und Sicherheit im Innern.

Jede Erleichterung unserer außenpolitischen Lage ist, wie wir wissen, davon abhängig, daß diejenigen Völker und stützenden Persönlichkeiten, die Deutschlands unerträgliche Notlage erkannt haben und Deutschland helfen wollen, nicht am deutschen Volke zweifeln, wenn sie sehen, daß es sich in einer solchen Zeit gegenseitig gestützt. Bedenkt auch, wie eine solche Bestätigung im Innern auf unsere Verbände an Ruhe und Rhein wirken würde, die im Schwersten Kampfe gegen bezahlte separatistische Herden ihre Deutschheit verteidigen. Sie haben das Recht zu erwarten, daß das ganze deutsche Volk ihren Kampf mitträgt und daß nicht im Innern des Reiches Deutsche gegen Deutsche kämpfen, ohne ein Ziel, das irgendeine Aussicht auf Besserung gibt! Sei man sich auch darüber klar, daß jede Möglichkeit, außenpolitisch überhaupt etwas zu erreichen, mit diesem Augenblick endgültig gescheitert ist, in dem an Stelle einer verfassungsmäßigen Regierung irgendeine ungeschickliche Notdeutschland nach außen hin zu vertreten suchen wird!

Die deutsche Regierung behält die Macht, mit jedem Schritt mit Erfolg zu begegnen und die Verfassung des Reiches zu schützen. Die Reichswehr und die Schutzpolizei werden getreu ihrem Eide, ihre Pflicht tun! Die Reichsregierung vertraut sich darauf, daß, wenn ihr der Kampf gegen ihren Wunsch und Willen aufgegeben werden sollte, das gesamte deutsche Volk geschlossen für Ordnung und Freiheit des Deutschen Reiches eintreten wird!

Berlin, 5. November 1923.

Die Reichsregierung:

ges. Dr. Stresemann.

Der Reichspräsident: ges. Ebert.

## Ungeheuerlicher Brotwucher

In Berlin ist es Montag zu Plünderungen gekommen. Den Anlaß dazu gab die ungeheuerliche Steigerung der Brotpreise. Die Berliner Bevölkerung wurde gestern früh von der Schreckensnachricht überrascht, daß das Brot 140 Milliarden kosten würde. Die Berliner Bäckereipolizei soll, so wird berichtet, diesen Preis gebilligt und ausgeben haben, daß das Bäckergewerbe das Brot nicht billiger ausgeben kann. In den Vormittagsstunden kam es in Berlin in großem Umfang zur Plünderung von Bäckereien. Ferner erfolgten Plünderungen in sogenannten Schenkenviertel, einem Gäßchen, der in Döbbersen wachte, wurden die Aaleider vom Leibe gerissen und es wurde ihm sein deutsches und ausländisches Geld geraubt. Dieser Vorfall war das Signal zu großen Plünderungen in der Prinz-, Grenadier-, Dragoner- und Schindlergasse, wo alle Geschäfte ausgeplündert wurden. In den Nachmittagsstunden wurden die Plünderungen fortgesetzt, die Angegriffenen vielfach schwer verletzt. Ein Schlächtermeister wehrte sich mit einem Messer, wodurch mehrere Personen schwer verwundet wurden. Nachdem dieser Tumult drei Stunden gedauert hatte, gelang es der Polizei, der Dinge Herr zu werden. Das Reichsernährungsministerium stellte sich auf den Standpunkt, daß der Brotpreis von 140 Milliarden nicht gerechtfertigt sei. Die Vorgänge in Berlin sind die Folge der ungeheuerlichen Preistreiberien auf dem Getreide- und Mehlmarkt. Auf der Berliner Produktenbörse ist man dazu übergegangen, die Preise in Goldmark zu notieren. Da aber Händler und Erzeuger ihre Waren zurückhalten, steigen an der Berliner Börse die Goldmarkpreise des Getreides mit rasender Schnelligkeit. Am 7. Oktober wurde der Weizen in Berlin 155 bis 157 Goldmark für 100 Hilo notiert, am 2. November stieg sich der Preis schon auf 212 bis 214 Goldmark pro Tonne Weizen. Die Mehlgoldmarkpreise haben sich in der letzten Woche um nicht weniger als 40 Prozent erhöht. Außerdem fordern die Mühlen und Händler von den Bäckern das Doppelte der notierten Mehlpreise wenn die Verzehrung nicht in wertbeständigem Geld, sondern in Papiermark erfolgt. Es wird also mit Getreide und Brot ein geradezu ungeheurer Wucher getrieben. Reichsregulierung und preussische Regierung haben nun endlich Maßnahmen getroffen, um die übertriebene Brot-

## Bemühungen der Kleinen Koalition

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt in einem Artikel:

Die Parteiführer der ehemaligen Kleinen Koalition haben den Reichskanzler und den Reichspräsidenten in einer am Montag beim Reichspräsidenten erfolgten gemeinsamen Besprechung davon überzeugt, daß endlich aktive Maßnahmen gegen den drohenden Rechtsputsch aus Gründen der Staatserhaltung und einer zur Verhinderung führenden Außenpolitik veranlaßt werden müssen. Der Wille des Reichspräsidenten, die für den Bestand des Reiches durch einen Rechtsputsch drohenden Gefahren zu verhindern, kommt zunächst in der Entsendung einzelner Reichswehrregimenter nach Südböhmen zum Ausdruck. Weiter sind drei Infanterieregimenter in die „Gefahrenzone“ abtransportiert worden. Ihr Aufmarsch soll am Dienstag vormittag beendet sein. Sie sind hinter der thüringischen Landespolizei, die direkt an der Grenze Aufstellung genommen hat, stationiert und haben vorläufig die Aufgabe, einen Vorstoß der irregulären Verbände abzuwehren, also nicht offensiv vorzugehen. Durch die Parteiführer der ehemaligen Kleinen Koalition haben sich aber sowohl der Reichskanzler wie der Reichspräsident am Montag ferner davon überzeugen lassen, daß die ausschließliche Sicherung gegen Panzer allein zur Abwehr des drohenden Rechtsputsches nicht genügt und auch in den übrigen Teilen des Reiches vorbereitende Maßnahmen zu treffen sind. Wäre ausschließlich die Möglichkeit eines Vormarsches gegen die in Bayern stationierten irregulären Verbände vorhanden, dann dürften die für den Bestand des Reiches bestehenden Gefahren nicht unüberwindlich scheinen. Aber es ist leider damit zu rechnen, daß mit dem Vormarsch über die thüringische Grenze gleichzeitig auch in anderen Teilen des Reiches die rechtsradikalen Geheimorganisationen den Versuch zur gewalttätigen Ergreifung der Staatsgewalt mit Erfolg durchzuführen, wenn dem nicht frühzeitig vorgebeugt wird. Deshalb sind die Führer des Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister übertragelommen, von der Reichsregierung einen Aufruf an das Volk richten zu lassen, der auf die drohenden Gefahren hinweist und eine Bereitschaft zur Abwehr für den Notfall verlangt.

Mit diesen Maßnahmen der Reichsregierung sind u. U. die Gefahren für das Reich keineswegs gebannt. Man darf nicht vergessen, daß die Plünderungen der illegalen Verbände seit Monaten vor sich gehen und die Kriegslieferanten Verbände ebenso über eine gewisse Stützpunkt verfügen. Viel Wert haben sie nicht, aber immerhin überstreifen sie die zur Abwehr gerichteten Maßnahmen durch ihre geschlossene Organisation, die dort und jetzt in wenigen Tagen geschaffen werden soll. Dieser Mangel kann durch die Entschlossenheit der republikanischen Parteien überwunden werden. Sie müssen schnellstens in ihren eigenen Reihen mit der Mobilisation der Kampfentschlossenen Anhänger beginnen und zwar so, daß im Notfall sofort die gebildeten Männer zur Stelle sind. Dem Aufruf der Reichsregierung hat zu diesem Zweck ein Appell der republikanischen Parteien an ihre Mitglieder zu folgen. Im Zusammenhang hiermit ist die Aufhebung der sozialdemokratischen Teilungsbewerbe erforderlich, die in der Praxis nur auf eine Kräftigung der reaktionären Elemente hinauslaufen. Selbstverständlich können die sich zur Rettung des Reiches und zum Schutze der Republik zur Verfügung stehenden Arbeiter, Angehörigen und Beamten der Ausschüsse nicht mit Sozialisten führen. Aus den beschriebenen Gründen ist es nicht angebracht, über diese Dinge öffentlich zu reden. Deshalb müssen die Geheimorganisationen, insbesondere auch die Gewerkschaften, sich jetzt schon dafür einsetzen, daß es angebenden Wucher-

vertenerung zu unterbinden. Die Reaktionskräfte, die sich in den Speichern der Reichsbank befinden, werden beschlagnahmt, und das Recht soll zu ordnungsmäßigen Preisen den Bäckern zugelassen werden. Bäckereiverbände sollen unverzüglich gehandelt werden. Der Brotpreis ist von Dienstag an in Berlin auf 80 Milliarden festzusetzen worden.

Wir haben es wieder mit einer Notlage zu tun, die in ihrer Tragweite dem Staat zum ersten Mal ausgereicht ist. Hier besteht die Gefahr, daß die deutsche Volk die vorzeitige Aufhebung der Anwesenheitspflicht vor. War es früher möglich, weshalbs beim notwendigen Nahrungsmittel, beim Brot, die Verbrennung vor der ersten Ausbeutung zu schützen, so sind jetzt auch beim Brot den Bäckern Tor und Tür geöffnet. Die Massen, die heute nicht wissen, wie sie den Hunger nur notdürftig stillen sollen, werden zur Verzweiflung getrieben. Kein Wunder, daß schließlich Unruhen und Plünderungen nicht ausbleiben. Lang aber läßt die ganze Reaktion darüber, daß infolge des „marxistischen“ Einflusses Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten werden könnte und daß es die höchste Zeit für eine nationale Diktatur der Herren Ehrhardt, Müller, Luedorf und Koppmann sei. Wir brauchen nicht erst noch einmal zu betonen, daß wir trotz allen Nöten die Bevölkerung vor Plünderungen und Räubereien warnen müssen. Damit werden nur die Geschäfte der Reaktion besorgt. Der Reichspräsident Stresemann aber müßte die Berliner Vorgänge zur Warnung dienen. Will sie nicht vom Ansehen der notleidenden Massen hinweggeleitet werden, will sie nicht, daß das Chaos in Deutschland immer größer wird, so muß sie mit aller Kraft den Kampf gegen die Ausbeutung und gegen den Wucher aufnehmen, eine Aufgabe die freilich die Regierung eines Reichskanzlers nicht erfüllen können wird, in dessen Partei die größten Ausbeuter des deutschen Volkes, die Siemens und Koppmann, sitzen. Nur so notwendig ist es, daß die Arbeiterschaft sich in ihren politischen und wirtschaftlichen Organisationen hält, damit der Kampf gegen die Volksausbeutung mit aller Kraft geführt werden kann.